

Politische Grundstimmungen und Wählerverhalten

Alexander Tschepurenko, Moskau

Die Ergebnisse der Dumawahlen haben einen Teil der intellektuellen „Eliten“ in Russland und viele Experten im Ausland überrascht. Noch eine Woche vor den Wahlen hatten diese Beobachter nicht damit gerechnet, dass die pro-präsidiale Partei „Einiges Russland“ – ohne mit kleineren Parteien Koalitionen eingehen zu müssen – in der Duma eine verfassungsändernde Mehrheit erreichen könnte. Niemand sah voraus, dass die Kommunisten eine deutliche Niederlage erleiden und dabei auf den dritten Rang im russischen Parlament zurückfallen würden, und dass keine der liberalen Parteien, weder Jabloko noch „Union der Rechten Kräfte“ im Parlament vertreten sein würden. Es glaubte auch niemand, dass der Nationalpopulist Shirinowskij eine zweite Auferstehung feiern könnte und, dass das seltsame Bündnis von linken Keynesianern und „wohlmeinenden“ nationalistischen Intellektuellen, das unter dem Namen „Heimat“ wenige Monate vor den Wahlen gebildet wurde, in der Abgeordnetenzahl mit den Veteranen der russischen Duma, der KPRF und Shirinowskis liberal-demokratischer Partei gleichziehen würde. Die deutlichen Fehleinschätzungen sind vor allem darauf zurückzuführen, dass sich Beobachter in Russland wie im Ausland von emotionalen Bewertungen beeinflussen ließen, statt nüchtern gesellschaftliche Stimmungen und die Kräfteverhältnisse zu analysieren.

Gesellschaftlicher Wandel und Reform

Indes erlaubt eine Einbeziehung der tiefgreifenden Veränderungen der Sozialstruktur, der Werte und Einstellungen der Bevölkerung, die in den letzten Jahren eingetreten sind und die schon lange vor den Wahlen selbst mit unbewaffnetem Auge erkennbar waren, zum einen eine nüchterne Bewertung des Wahlergebnisses und zum anderen zumindest eine mittelfristige Prognose künftiger Entwicklungen.

Eine solche umfassendere Analyse lässt vor allem erkennen, dass sich die soziale Basis der Reformen (bzw. dessen, was die politische Führung gemeinhin als Reformen definiert) in Russland wenigstens zwei Mal geändert hat. Dementsprechend haben sich auch der weltanschauliche Rahmen und die Werthaltungen geändert, an denen sich der eigentliche Hegemon der Transformation orientiert – die herrschende Schicht. Zunächst, während der Periode der „späten“ Perestroika und in der Anfangsphase der marktwirtschaftlichen Reformen war dies vor allem die spätsowjetische Mittelklasse, insbesondere ihre unteren und mittleren Segmente – Bergarbeiter, Lehrer, Ärzte und ein Teil der Ingenieure (außerhalb des militärisch-industriellen Komplexes). Sie alle waren überzeugt,

dass sie über ein großes Humankapital verfügten, für ihre Arbeit aber nicht ausreichend entlohnt würden. Sie hatten naive und romantische Vorstellungen von Marktwirtschaft und Demokratie.

Der Gajdar'sche Reformansatz brachte gerade diese Bevölkerungsgruppen an den Rand der Armut. Infolgedessen wandten sich gerade die Schichten, die die Demokraten in den späten 1980ern und frühen 1990ern unterstützt hatten, von den Reformen enttäuscht ab. Ihre Interessen waren es, die der Oberste Sowjet bis zu seiner gewaltsamen Auflösung im Oktober 1993 gegen Präsident Jelzin verteidigte.

An die Stelle der sozialen Massenbasis für die Reform traten nun die zukünftigen Oligarchen, das heißt jene jungen und energischen Vertreter der „Komsomolwirtschaft“ der späten 1980er Jahre, denen es während der Privatisierung gelang, Kontakte mit Politik und Apparaten zu knüpfen und diese Beziehungen ihren Interessen nutzbar zu machen. Es etablierte sich ein „Amigo-Kapitalismus“. Zugleich rekrutierte sich aus Teilen der Bevölkerung, die sich der neuen Lage anpassten und willens waren, die Verantwortung für die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, ein Kleinunternehmertum. Die Regierung unterstützte die Kleinunternehmer nicht, störte sie aber auch nicht in ihren Aktivitäten. Oligarchen und Kleinunternehmer, nach Vermögen, Beruf und Bildung sehr unterschiedlich, wurden Mitte der 1990er Jahre zur sozialen Basis des Jelzin'schen Regimes.

Mit dem Übergang in das neue Jahrhundert kam es wiederum zu tief greifende Veränderungen. Zum einen ging die Periode der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ im Großen und Ganzen zu Ende. Gleichzeitig nahmen Druck und Erpressung von Seiten der staatlichen Kontrollorgane zu. Für das Kleinunternehmertum bedeutete dies ein Ende der Aufstiegsmöglichkeiten.

Auf der anderen Seite führte aber die günstige Entwicklung der internationalen Rohstoffmärkte dazu, dass Russland seit 1999 ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erlebt. Dieses begünstigt auch die großen privatisierten Unternehmen, von denen etliche noch 1998 vor dem Aus gestanden hatten. Gleichzeitig sind die Löhne schnell gewachsen und eine gewisse Liberalisierung der Steuern führte dazu, dass ein Teil des „Schatteneinkommens“ legalisiert wurde. Im Ergebnis festigte sich bei einer breiten Bevölkerungsschicht die Überzeugung, dass die Chancen, als selbständiger Unternehmer Erfolg zu haben, gering seien, während Lohnarbeit ein verlässlicher und weniger arbeitsintensiver Weg sei, einen ausreichenden Lebensstandard zu sichern.

Lobbies und Interessengruppen

Während die Vertreter der Kleinunternehmer grundsätzlich nicht zu einem geschlossenen Auftreten gegenüber der Politik fanden, waren zwei andere kleine Interessengruppen – Oligarchen und bürokratische Oberschicht – ausgesprochen einflussreich. Während bei den Oligarchen ein Konsens nur in extremen Fällen möglich war (etwa bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1996) und sie sich ansonsten bis aufs Messer bekämpften, organisierten sich die leitenden Mitarbeiter der staatlichen Bürokratie als ein geschlossenes, durch gemeinsame Interessen geeintes korporatives Ganzes. Für sie – die „Tschinowniki“ – sind Wohlstand und Karrieremöglichkeiten eng verbunden mit dem Putinschen Konzept von gelenkter Demokratie und Markt verbunden.

In Ermangelung anderer sozialer Gruppen, auf die sie sich stützen könnte, sieht die heutige russische Staatsmacht ihre soziale Basis in erster Linie in der Bürokratie und ergänzend in jenem Teil der Privatunternehmer, der bereit ist, die neuen Spielregeln zu befolgen, und in der großen Gruppe der Angestellten, die aus öffentlichen Haushalten bezahlt werden.

Die „Tschinowniki“ – die Staatsbeamten – insbesondere die in höheren und mittleren Rängen, bilden heute den Kern der russischen Mittelschicht. Sie sind der gebildetste, materielle abgesichertste und selbstbewussteste Teil der Gesellschaft, der sich seiner Zukunft sicher ist und die Agenda des politischen Lebens diktiert. Die „Tschinowniki“ stellen heute die überwältigende Mehrheit der russischen Mittelschicht, nicht der verwestlichte Teil der intellektuellen Eliten, an denen sich die Führer der Wahlverlierer „Union der Rechten Kräfte“ und „Jabloko“ orientierten. Der echte, d.h. durch die „Tschinowniki“ repräsentierte russische Mittelstand, stimmte in der überwiegenden Mehrheit für die Putin-nahe Partei „Einiges Russland“.

Einen Einblick in die Vorstellungen dieser Gruppe, ihrer Ansichten zu fundamentalen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, gibt eine Umfrage, die im Sommer 2003, also kurz vor den Dumawahlen, in ganz Russland durchgeführt wurde. Sie zeigt deutlich, dass das Kredo dieser bürokratischen Mittelschicht ein „starker Staat“ und „law and order“ sind. Marktwirtschaft findet nur soweit Zustimmung, wie sie für Wirtschaftswachstum als notwendig erachtet wird. Die Bürokratie wird als zentraler Gestalter gesellschaftlicher Veränderungen wahrgenommen. Offensichtlich verkörpert die Politik Putins, die eine Verbindung liberaler wirtschaftspolitischer Ziele mit bürokratischen Methoden ihrer Implementierung ist, diese Vorstellungen und Erwartungen (vgl. Tabelle 1 bis 4). Gleichzeitig decken sie sich mit der

Haltung breiter Schichten der russischen Bevölkerung.

In der russischen Gesellschaft war dies keineswegs immer so. Noch Mitte der 1990er Jahre waren Grundwerte einer liberalen Gesellschaft, zum Beispiel Freiheit des Wortes, Bewegungsfreiheit und unternehmerische Freiheit, im Massenbewusstsein verwurzelt und hatten, trotz einer nüchternen Bewertung der äußerst schwierigen Lage im Land, ziemlich viele Anhänger.

Zu Anfang des 21. Jahrhunderts schlug die Stimmung um. Die klassischen liberalen Werte finden immer weniger Anhänger. Der Anteil derjenigen, die für eine verstärkte Rolle des Staates in der Wirtschaft, für eine im Wesentlichen paternalistische Sozialpolitik und für eine äußerst instrumentale Interpretation der Demokratie (Demokratie als Mittel und nicht Ziel der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung) eintreten, nimmt wieder zu (Tabelle 5).

Hoffnung auf Reform und politisches Umdenken?

Trotz einer nach wie vor großen Popularität Präsident Putins als konsolidierendem Faktor darf man nicht übersehen, dass die Bevölkerung die Ergebnisse seiner ersten Amtsperiode, was wichtige Rechte, Freiheiten und soziale Garantien angeht, sehr kritisch bewertet (Tabelle 6). Die gesellschaftliche Meinung drängt die politische Führung also, von der derzeitigen Pseudostabilität Abschied zu nehmen und eine umfangreiche und energische soziale, wirtschaftliche und politische Transformation einzuleiten.

Offensichtlich sind für die Fortsetzung der Reformen eine Reihe ernsthafter gesetzgeberischer und administrativer Schritte notwendig. Die Verwirklichung solcher Maßnahmen verlangt von der Präsidentenpartei „Einiges Russland“ etwas mehr als bloße Ergebenheitsadressen. Dadurch könnte es innerhalb der Partei zu Spaltungen zwischen Anhängern einer liberaleren Linie und Konservativen kommen.

Langfristig hängt der Übergang zu einer konsequenteren und energischeren sozialen und wirtschaftlichen Transformation von wenigstens zwei wichtigen Faktoren ab. Zum einen hat sich in Russland, ungeachtet der ungünstigen Bedingungen, eine breite Schicht gebildet – von Geschäftsleuten und Topmanagern bis zu Freiberuflern –, die die Verantwortung für sich selbst in die eigenen Hände genommen haben. Sie können zeitweise die Bürokratie auf ihrem Weg begleiten, sie werden aber niemals eine weitgehende Kontrolle ihrer Aktivitäten akzeptieren. Zum andern zeigen alle Meinungsumfragen der letzten Jahre, dass die Ausbildung der Kinder bei der Verwendung der begrenzten Ressourcen der Bevölkerung Priorität genießt. Sogar die ärmeren Schichten wenden

einen bedeutenden Teil ihrer Ressourcen dafür auf. Heute erhalten mehr als 55% der Jugendlichen über 18 Jahre eine Hochschulausbildung, was die entsprechenden Indikatoren der Sowjetzeit um ein Vielfaches übertrifft. Es wird schwer sein, einer solchen Bevölkerung ein Staats- und Gesellschaftsmodell aufzuzwingen, bei dem sie im Gleichschritt mit der Staatsmacht voranschreiten

soll. Viel eher wird die Staatsmacht auf die Gesellschaft Rücksicht nehmen müssen.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Redaktion: Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Über den Autoren

Prof. Dr. Alexander Tschepurenko ist Direktor des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts für Soziale und Nationale Probleme (RUFI) in Moskau.

Lesetipps:

IKSI RAN: Lebensumstände und Einstellungen von Armen und Reichen in Russland. Ergebnisse einer landesweiten Umfrage, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 50 (Oktober 2003) [Zum Preis von 4 Euro + Porto zu bestellen bei fsopr@uni-bremen.de]

Alexander Tschepurenko: Die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in der russischen Gesellschaft, in: Hans-Hermann Höhmann, Hans-Henning Schröder (Hg.): Russland unter neuer Führung, Münster (Agenda-Verlag) 2001, S.201–215

Alexander Tschepurenko: Die Verwurzelung des Unternehmertums in der russischen Gesellschaft, in: Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.): Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa. Festschrift für Hans-Hermann Höhmann, Bremen (Edition Temmen) 2003, S.145–161

Alexander Tschepurenko: Der russische wirtschaftspolitische Stil in der Zeit der Reformen, in: Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.): Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten. Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich, Bremen (Edition Temmen) 2003, S.94–104

Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text

*Tabelle 1: Welcher der folgenden Ideen stimmen Sie zu?
(in % der betreffenden Bevölkerungsschicht, bis zu 3 Antworten möglich)*

<i>Ich bin für...</i>	<i>Mittelschicht</i>	<i>Übrige Bevölkerung</i>	<i>Differenz</i>
Einen starken Staat	49,7%	47,5%	2,2%
Freiheit und Bürgerrechte, gegen staatliche Willkür	31,6%	25,6%	6,0%
Schutz der armen Bevölkerungsschichten	24,2%	40,8%	-16,6%
Begrenzung des Zustroms von Immigranten	18,9%	20,5%	-1,6%
Entwicklung des Markts	14,4%	5,8%	8,6%
Bessere Erfolgschancen für Qualifizierte	10,7%	5,4%	5,3%
Stärkung der Autonomie der Regionen	9,9%	7,1%	2,8%
Mehr Selbstverwaltung und Arbeitnehmerrechte	7,6%	9,2%	-1,6%
Schwer zu sagen	9,8%	9,4%	0,4%